# **EU-Programm zur Ansiedlung von Afrikanern**

# Unfassbar! EU-Beschluss: Grundrechte für alle Afrikaner?!

Am 26. März 2019 war diese <u>Resolution im Europaparlament angenommen</u> worden, ohne dass die Europäer und selbstverständlich auch die Schweiz nichts davon erfahren haben. In der Resolution werden die nationalen Behörden der EU aufgefordert, Anti-Rassismus-Richtlinien zu entwickeln. Ausserdem soll Anti-Schwarzen-Rassismus in den Bereichen Bildung, Wohnen, Gesundheit, Strafrecht, politische Partizipation und Migration beendet werden.

# Worum es in Wahrheit geht: Es wird an einer neuen Gesellschaft gebaut

https://www.youtube.com/watch?v=Lfkx3cooFr4

https://www.youtube.com/watch?v=82f7zcQinaU

https://www.youtube.com/watch?v=iWUBKgoAL-Q&t=23s&pbjreload=10

<u>Ist den Lesern bewusst, dass die EU heimlich Grundrechte für ALLE Afrikaner eingeführt und die Flutung Europas durch hunderte Millionen Afrikaner beschlossen hat.</u>

# Medien (Presse und TV) und Politikerschweigen dazu beharrlich.

<u>Damitistauchklar, dass die wenigsten Bürger, sowohlin der Schweiz (im Hinblick auf die zur Diskussion stehenden EU-Verträge, noch in Deutschland, je etwas von diesem Programm gehört haben.</u>

Mit dem geheim gehaltenen EU-Beschluss werden weisse Europäer zu Bürgern zweiter Klasse.

Wer dagegen protestiert, soll inhaftiert werden.

Damit nicht der Eindruck entsteht, wie so oft, <u>hier würden wiederum</u> <u>Verschwörungstheorien</u> verbreitet, drei Fakten vorweg:

Erstens: Am 26. März 2019 verabschiedet das EU-Parlament eine Entschliessung mit dem <u>Titel</u>

# "Die Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung"

Von den damals 751 Mitgliedern des Parlaments stimmten 535 dafür, 80 dagegen, 44 enthielten sich, 92 waren nicht anwesend.

Zweitens: In der Öffentlichkeit gabes dazu zu diesem Zeitpunkt keinerlei Berichterstattung oder gar Debatte. Die sog. Leitmedien berichten nichts davon.

Drittens: am 26. Mai 2019 fanden in D die Wahlen zum neuen Parlament der EU statt. Hat dies alles miteinander zu tun? Ja, denn was das EU-Parlament hier auf den Weg gebracht hat, kann man ohne Übertreibung unter den Titel stellen:

# "Europa schafft sich ab."

Also darf man vermuten, dass die Entschliessung unter der Decke gehalten werden musste. Die als rechtspopulistisch etikettierten Parteien hätten ja daraus bei der Wahl Stimmen für sich gewinnen können.

Erst mit einer fast neunmonatigen Inkubationszeit bzw. Trächtigkeit wurde die EU-Entschliessung bekannt!!! Die sog. Leitmedien, die in Brüssel personell gut und kompetent ausgestattet sind, inkl. NZZ, TA und SRF, schweigen sich aus.

Sie betreiben <u>lieber Hofberichterstattung und argumentieren gegen z.B. einer</u>

<u>«Begrenzungsinitiative» und für eine Personenfreizügigkeit.</u>

Und wie steht es mit der Behauptung, wer dagegen protestiert soll inhaftiert werden:

- Wersich mit der von der EU nicht abfinden will, soll als sogenannter "Hassverbrecher" von den Behörden "erfasst, untersucht, verfolgt und bestraft" werden (Punkt 15 und 16).!!!
- Hingegen soll es der Polizei und Geheimdiensten verboten werden, bei der Strafverfolgung, der Terrorismusbekämpfung und der Einwanderungskontrolle Täterprofile zu erstellen, die auf eine dunkle Hautfarbe hinweisen; vielmehr sollen die Beamten verpflichtend an Anti-Rassismus-Schulungen teilnehmen (Punkt 17).
- Ganz im Sinne des <u>UN-Migrationspaktes</u> fordert die Entschliessung Afrikaner in unbegrenzter Zahl kontrolliert und planmässig nach Europa zu transportieren und illegale Einwanderung zu legalisieren. Zwischen Migranten, Flüchtlingen und Asylbewerbern wird überhaupt nicht mehr unterschieden. Auch ist keinerlei Obergrenze für die Einwanderung vorgesehen.
- <u>Die Neuankömmlinge sind dann von der einheimischen Bevölkerung, die erst gar</u>
  <u>nicht nach ihrer Zustimmung gefragt wurde, nicht nur zu alimentieren, sondern dieser</u>
  <u>auch in allen Bereichen, auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt, den Medien, der Kultur und im Bildungssystem vorzuziehen.</u>

Begründet wird dies alles mit der grotesk anmutenden <u>Behauptung</u>, dass "*Menschen afrikanischer Abstammung im Laufe der Geschichte erheblich zum Aufbau der europäischen Gesellschaft beigetragen"* hätten.

• Die Entschliessung des EU-Parlaments zu den "Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa" ist ein unerhörter Affront gegenüber den Völkern Europas! Von einer demokratischen Vertretung europäischer Interessen kann hier jedenfalls keine Rede mehr sein; wohl eher von einer den Europäern feindlichen Gesinnung des EU-Parlamentes.

<u>Diese EU-Grundsatzentscheidung ist weitreichend: So werden nicht nur Strategien gefordert, um Afrikaner "auf sicheren und legalen Wegen in die EU einreisen" zu lassen. Es werden auch zahlreiche Bildungs- und Förder-Massnahmen von den EU-Mitgliedsstaaten verlangt.</u>

Eine der geradezu unfasslichen Lügen dieses EU-Grundsatzpapiers lautet:

# "Menschen afrikanischer Abstammung haben im Laufe der Geschichte erheblich zum Aufbau der europäischen Gesellschaft beigetragen."

Wie gesagt: Eine unfassliche Lüge. Denn Europa hat seinen Erfolg allein seinen dort lebenden weissen Europäern zu verdanken. Der Erfolg war die Folge härtester Arbeit auch in Zeiten bitterster Armut, Hungersnöte, Pest und Krieg. Der Erfolg enstammt grandiosen wissenschaftlichen Entdeckungen und nicht minder grandiosen technologischen Erfindungen. Als in Europa Griechen und Römer vor 2000 Jahren bereits ein verpflichtendes Schulsystem hatten, als fast alle Legionäre des Imperium Romanum lesen und schreiben konnten und auf ihren Kriegszügen Briefe per Feldpost an Ihre Lieben nach Rom schickten, da war Afrika ein in weiten Gebieten von Urwald bedecktes Land, von dem kaum ein Europäer oder sonstiger Erdenbürger (ausser den Afrikanern: aber die wussten auch nicht, dass sie Bewohner eines eigenen Kontinents sind) gewusst hat.

Kein afrikanisches Volk hatte je eine Schriftsprache entwickelt (ähnlich ist es bei den indigenen Völkern der beiden amerikanischen Kontinente: von den Maya abgesehen waren diese Völkerschriftlos) – und noch heute sind weite Gebiete Afrikas von Abermillionen Analphabeten besiedelt. Afrikaner haben zum technischen und wissenschaftlichen Fortschritt der Menschheit keinen einzigen auch nur am Rande erwähnnbaren Beitrag geleistet – sollen aber "erheblich" zum Aufbau der europäischen Gesellschaften beigetragen haben.

Wie sie das gemacht haben sollen, darüber schweigt sich das EU-Papier aus. Nun, es erübrigt sich jeder Kommentar zu dieser Lüge, die nur eine der zahlreichen Grosslügen ist im vermutlich finstersten Zeitalter, das die Menschheit jemals durchleben musste – dem Hier und Heute.

Es stellt sich die ganz konkrete Frage, wenn man den Beschluss gelesen hat:

# Möchte das EU-Parlament ganz Afrika bei uns (EU+CH) eingemeinden?

Die Entschliessung des EU-Parlaments zu den "Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa" ist ein unerhörter Affront gegenüber den Völkern Europas! Von einer demokratischen Vertretung europäischer Interessen kann hier jedenfalls keine Rede mehr sein; wohl eher von einer den Europäern feindlichen Gesinnung des EU-Parlaments.

Insgesamt fordert das EU-Parlament 28 Massnahmen ein.

Um ihnen die mühsame Lektüre zu erleichtern bzw. abzunehmen, hier acht markante Forderungen aus dem 28-teiligen Forderungskatalog:

Die EU-Organe und die Mitgliedstaaten sollen der Geschichte der Menschen afrikanischer Abstammung gedenken, indem sie zum Beispiel "Monate der schwarzen Geschichte" einführen:

Die Mitgliedstaaten sollen sich mit der Situation von Menschen afrikanischer Abstammung in Bildung, Wohnen, Gesundheit, Beschäftigung, Polizeiarbeit, Sozialdienste, Justiz sowie politische Teilhabe befassen und letztere im Fernsehen und anderen Medien fördern.

- Das EU-P betont die wichtige Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung und fordert eine stärkere finanzielle Unterstützung von Basisorganisationen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene. Demnächst soll hierauf der Fokus gelegt werden.
- Die Mitgliedstaaten sollen rassistisch begründete Voreingenommenheit in ihren Strafrechts-, Bildungs- und Sozialsystemen überwachen und entsprechend proaktive Massnahmen ergreifen.
- Die Mitgliedstaaten sollen sicherstellen, dass Erwachsene und Kinder afrikanischer Abstammung gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Bildung und Betreuung ohne Diskriminierung und Segregation haben.
- Die Mitgliedstaaten sollen die <u>Geschichte der Menschen afrikanischer Abstammung in die Lehrpläne aufnehmen und die Themen Kolonialismus und Sklaverei umfassend darstellen:</u> das Lehrpersonal soll für diese Aufgabe ausgebildet werden, um der Vielfalt in den Klassen zubegegnen.
- Die Mitgliedstaaten sollen <mark>gegen die Diskriminierung von Menschen afrikanischer Abstammung auf dem Wohnungsmarkt vorgehen.</mark>
- Die EU-Organe sollen eine Strategie zur personellen Vielfalt und Eingliederung von Arbeitnehmern verabschieden und dabei einen strategischen <u>Plan für die</u>

  Beteiligung ethnischer und rassischer Minderheiten am Erwerbsleben festlegen.

## Ein paar demographische Daten sollten stutzig machen:

Die EU hat 512 Millionen Einwohner, nach dem Brexit, also ohne Grossbritannien sind es 446 Millionen. Deutschland hat 84 Millionen, Frankreich 68 Mio.

In Afrika leben aktuell 1,3 Milliarden Menschen; im Jahr 2050 werden es 2 Milliarden sein. Afrika wächst täglich (!) um 200.000 Personen, pro Woche um 1,55 Millionen (d.h. wöchentlich um eine Millionen-Stadt) und jährlich um 73 Millionen. (Einwohner Schweiz 8 Mio, Deutschlands 84 Mio). Ist dem EU-Parlament (und den Schweizer Stimmbürger hinsichtlich der kommenden Abstimmung) auch klar, dass es endlich einer differenzierten Analyse von rund 60 Jahren Entwicklungshilfe bedürfte?

Laut Weltbank sind das seit 1960 rund drei Billionen Euro (<u>in Zahlen: 3.000.000.000.000.000</u>
<u>Euro</u>), davon der <u>grösste Teil Richtung Afrik</u>a. Oder aber hat das EU-Parlament den hehren Anspruch eines Bekämpfens der "Fluchtursachen" wegen <u>des offenbar geringen</u>
<u>Wirkungsgrades dieser drei Billionen bereits aufgegeben</u>, <u>um jetzt auf eine Umsiedlungspolitik zu setzen</u>, <u>wie sie ganz offenbar auch der «UN-Flüchtlingspakt»</u>
vorsieht,

der so lange unter dem Radar der Öffentlichkeit gehalten wurde?

# Bekommen wir eine Anti-Afrophobie-Industrie?

Wer aber ist ab sofort Nutzniesser der Entschliessung des EU-Parlaments? **Ganz klar: eine neu entstehende Anti-Afrophobie-Industrie.** 

Es soll in D <u>die Förderung eines Kompetenzzentrums/-Netzwerks im Themenfeld:</u> "Rassismus gegen Schwarze Menschen" vorangetrieben werden.

Überdies sollen dazu auch Modellprojekte sowie Einzelmassnahmen im Rahmen der lokalen Partnerschaften für Demokratie unterstützt werden.

Nun, dann steht ja einem viele Millionen Euro schweren neuen Aktionismus diverser NGOs nichts mehr im Wege.

Es bleibt die Frage, was für Forderungen hat die EU selber an die Afrikaner?

Aufs Übelste, einseitige, bzw. auch noch einklagbare Ausführungsbestimmungen gegen die EU-Völker (bei EU-Vertrag auch inkl. CH). Ohne jegliche Gegen- oder Bemühungsauflagen!

Frech: im deutschen Aussenamt z.B. wird deutsches Volk unter Anführungszeichen gestellt. Auf die Sorgen der Bürger reagiert das Amt besonders unsensibel – zumindest, wenn diese «weisse Männer» sind. Verkehrte Welt?

Stattdessen will das Aussenministerium mehr "Diversität" also mehr Diplomaten mit Migrationshintergrund. Der "Diversity"-Trend ("Vielfalt") kommt eigentlich aus den USA. Afro-Amerikaner, Latinos und Weisse sollen gleichgestellt sein.

Dafür sollen Gruppen, die als benachteiligt wahrgenommen werden, bevorzugt werden. Also keine gleichen Chancen für die "Weissen"!

Dass daran etwas dran ist, wird man leicht beobachten können, wenn man sich die <u>überfüllten Strassen und -vor der Corona Krise zumindest - die überfüllten öffentlichen Verkehrsmittel anschaut. Das ist aber nur die Spitze des Eisberges.</u>

Auch die Sozialausgaben steigen dauernd und werden übermässig von Einwandern beansprucht (welche dazu noch oft sehr kurz in diese Sozialwerke einbezahlt haben).

Für die betroffenen Arbeitnehmer in den Grenzkantonen muss diese Studie wie ein Hohn klingen.

Im Tessin sind 4% der Jugendlichen arbeitslos. Dass es nicht noch mehr sind, liegt vor allem daran, dass viele von ihnen nun «ennet» dem Gotthard arbeiten, nicht unbedingt aus freien Stücken, sondern weil sie mit dem niedrigen Durchschnittslohn im Tessin noch immer im Hotel Mama leben müssten oder aber gar keinen Job kriegen würden.

In den kleinen Südkanton strömen jeden Tag rund 70'000 italienische Grenzgänger.

<u>Die Führungspositionen werden mehrheitlich von Ausländern besetzt (siehe Grossbanken und Versicherungen).</u> Und je mehr Ausländer Führungspositionen besetzen, desto mehr Führungspositionen werden von Ausländern besetzt.

Aber eben, als **sogenannter "Meinungsmacher"** geht es ja darum, dass Leser dann etwas meinen, also etwas für wahr halten, ohne subjektive Erfahrung, und dabei so wenig wie **selber denken**. Es kommen wieder die berühmten Experten zu Worte (Forscher).

Wie oft, dass diese falsch lagen, danach fragt man irgendwann dann gar nicht mehr, Hauptsache man hat die Meinung (für andere) gemacht.

In der Tat: An überfülltem ÖV und mehr Stau auf den Strassen wegen 1 Mio. grösserer Bevölkerung seit 2007 ändern die Erkenntnisse nichts.

Ohne Masshalten bei der Zuwanderung dürfte das Jahr für Jahr schlimmer werden.

Also: Lieber ab und zu mal auf das neueste Auto oder Handy verzichten, als auf Lebensqualität! Oder etwa nicht?

Laut der "Autonomen Gewerkschaft der Polizei von Triest" hat sich die Anzahl der Einwanderer, die über der Balkanroute in die Region von Triest kamen, "gegenüber dem Vorjahresmonat verdreifacht", also jenem Zeitraum, in dem Matteo Salvini von der rechten Lega noch Leiter des Innenministeriums war. Und das, trotz Corona-Grenzschliessungen!

Die Polizei wisse nicht, wie sie die <u>illegalen Eindringlinge</u> mit der knappen verfügbaren Polizeimannschaft aufhalten soll. Deshalb fordert die Gewerkschaft echte Unterstützung, nicht nur salbungsvolle Worte:

Das ist Invasion – und keine Einwanderung, schon gar nicht «Asyl» und die Polizei wäre durchaus nicht "machtlos", wenn sie von der linken und grünen «Zuträgerpolitik» nicht dazu verdammt würde! Inden Herkunftsländernistdie Polizei auch nicht "machtlos"!

Tja; die Italiener wollten ja die «Linke» als Regierung haben und die will ja, wie bei uns, das Land mit mohammedanischen (Islam-) Mördern (gegen Ungläubige) und Dieben schwemmen..... Böse, böse Welt. In CH und D dauert das auch nicht mehr lange, bis die Rassistensekte das Sagen hat.

<u>Vorboten sind ja schon da.</u> Und die ach so «unabhängige» CH-Richterschaft urteilt ja bereits in diese Richtung! Wer findet es noch als angezeigt, dass wir als Schweizer - auf diesem <u>ungeheuerlichen</u> <u>Hintergrund - die zur Diskussion stehende EU-Rahmenabkommen unterzeichnen</u>?

Es ist doch wohl inzwischen jedem klar, dass wir über kurz oder lang durch dieses Afrika-EU-Gesetz mitbetroffen wären mit ungeheuren Platz- und Kostenfolgen in Milliardenhöhe!

Jeder Mensch hinterlässt einen ökologischen Fussabdruck.

Wo stehen wir somit mit nur schon den angestrebten ökologischen Zielen.

Alles Makulatur?

Wo bleiben die <u>Jugend-Demonstrationen</u> gegen diese neuen vom CH-Parlament und Bundesrat angestrebten EU-Verträge mit den unweigerlich folgenden NEGATIVEN Öko-Auswirkungen?

# EU Abwägungen

Hochverschuldete Sozialsysteme dort, kapitalgedeckte Vorsorge hier, tiefrote Staatshaushalte dort, fiskalische Vorsicht hier, Schwarzarbeit und Graumärkte dort, hohe Bürgertugenden hier was wären die zutreffenden Effekte eines Zusammenschlusses mit der EU?

## Was für Förderprogramme erfahren eigentlich wir Schweizer Bürger?

Was für Ziele und mit welchen CH-Bevölkerungsvorteilen rechnen die Befürworter in dieser real existierenden Handels-Welt? Kurzfristige Vorteile gegenüber langfristigen, nachhaltigen Nachteilen!

<u>Economiesuisse und die ZHK Zürcher Handelskammer</u> plädieren aufgrund ihrer Mitglieder (die zu 70 % <u>ausländisch</u> beherrschten Gross-Gesellschaften (Börse) mit <u>mehrheitlich ausl.</u>

<u>Management und VR</u>) auf Vertragsabschluss mit der maroden und <u>eigentlich</u>

<u>finanziell konkursreifen EU</u> (siehe Punkt 8 – Finanzwirtschaft).

Die angehäuften gemeinsamen EU-Schulden werden kaum auf ordentlichem Wegzurückbezahlt werden können.

Viele CH-Parlamentarier sind von diesen Organisationen finanziell abhängig!
Werschaut eigentlich noch für uns Schweizer? Nur noch die SVP?? Ganz betrüblich!

Mit dem Jahrhundertfehler, der Einführung der Währungsunion, schreitet die EU zügig Richtung Zentralisierung; und dies **führt immer zu Sozialismus und Planwirtschaft**.

Zentralisierte Planwirtschaft à la EZB führt gegenwärtig absehbar in den Abgrund! Die EZB muss die <u>Bürger mit Negativzinsen bestrafen</u>, damit die <u>Fehlkonstruktion mit Ach</u> und Krach zusammengehalten werden kann!

Ältere Arbeitnehmende werden, wegen des für die Schweiz schädlichen
Personenfreizügigkeitsabkommens, zunehmend durch billige EU-Ausländer ersetzt.
Wegen der Corona-Krise werden wohl noch mehr Unternehmen Lohnkosten sparen und günstigere Arbeitskräfte aus dem Ausland holen. Doch statt mit der Begrenzungsinitiative endlich den Zustrom aus dem Ausland zu begrenzen, haben Bundesrat und Parlament im Eiltempo eine neue Form der Sozialhilfe aus dem Boden gestampft.

# Mit dieser «Entlassungsrente» können Unternehmen ältere Schweizer Arbeitnehmende ohne schlechtes Gewissen entlassen!

Bei guter Wirtschaftslage rechnete der Bundesrat bereits mit Kosten von mehreren hundert Millionen Franken pro Jahr. Mit der Wirtschaftskrise werden es nun Kosten in Milliardenhöhe sein.

Bisher konnte Schweizer Bürger davon ausgehen, dass sie in einem (National-) Staat leben, dessen konstituierende Merkmale ein von Grenzen umgebendes Territorium (Staats-Gebiet), eine darauf als Bevölkerung ansässige Gruppe von Menschen sowie eine auf diesem Gebiet herrschende Regierung mit Gewaltmonopol sind. Aussenstehende konnten nur unter bestimmten Voraussetzungen Mitglied des Staatsvolkes werden. Wer daran als Bürger und Steuerzahler mitgewirkt hat, hat eine eigentumsähnliche Rechtsposition erworben. Neben den sozialen Sicherungen sind das Nutzungsrechte an Infrastruktur (Schule, Krankenhäuser) und vor allem die Sicherheit (Polizei, Armee).

Wer nun fordert, jeder Beliebige dürfe an dieser eigentumsähnlichen Rechtsposition durch Einwanderung partizipieren, unterscheidet sich im Prinzip nicht von einem Kommunisten, der verlangt, jeder müsse seine Wohnung und sein Vermögen mit allen Bedürftigen teilen.

Das entspricht einer Teil-Enteignung der bisherigen Bevölkerung!

Wenn jemand ein bedingungsloses Recht auf eine materielle Zuwendung hat, etwa ein Zuwanderer auf Teilhabe am Sozialstaat, muss es jemand anderen geben, der eine Pflicht hat, diese zu erbringen, und zwar OHNE dafür irgendwelche Recht zu erhalten, da sie ja auf der anderen Seite bedingungslos sind.

Ein solches Postulat ist nicht nur rechtlich, sondern auch MORALISCH EIN ÄUSSERST FRAGWÜRDIGES UNTERFANGEN, das mit allen MITTELN ZU VERHINDERN UND ZUBEKÄMPFEN IST.

Der bisherige gesellschaftliche Deal, DASS DIE REGIERUNG VERSUCHT, DEN WOHLSTAND DER REGIERTEN ZU MEHREN, wurde und wird nun DURCH DIE BEVORSTEHENDEN, ANGEDACHTEN GESETZE EINSEITIG AUFGEKÜNDIGT!

Die neuen Regeln lauten, dass eine beliebige Anzahl von Aussenstehenden jetzt Anspruch hat, an dem von den Regierten erschaffenen Wohlstand zu partizipieren, und <u>dass die eigenen kulturellen und gesellschaftlichen Normen nicht mehr für alle verbindliches Leitbild sein soll.</u>

Aber gehört nicht zur Freiheit und Selbstbestimmung auch das Recht, darüber zu entscheiden. mit wem man zusammenleben will?

Ein weiterer, unglaublicher Fakt ist:
Weder wir in Europa, inkl. CH. noch die dadurch begünstigten
AFRIKANER HABEN BIS HEUTE JE ETWAS VON DIESEM

und wenn wir uns als Schweizer vertraglich der EU anschliessen WÜRDEN, sind wir aufgefordert, diese EU Personenfreizügigkeit zu übernehmen!

Und wer bezhalt dann diese enormen Einwanderungskosten in unsere
Sozialsysteme? Die Gross-Unternehmen? Economiesuisse? ZHK? >Fehlanzeige! Wir!

# Wie steht es mit dem Umweltgedanken?

**UNGLAUBLICHEN PAKT GEHÖRT!** 

Mehr Personen = grösserer Energiebedarf! Wir sparen 10 % Energie und bekommen im gleichen Umfang weitere ausländische Mitbürger.

Wo liegt die Logik dieses Nulleffekts, vom Dichtestress mal abgesehen?

# Sehen Sie sich unbedingt die erhellenden Videos an: "Warum Einwanderung NICHT die globale Armut löst!" https://www.youtube.com/watch?v=YsRQNu9Jg7k

ntips.//www.youtube.com/waten:v=1skQhu3jg/k

### Wird der IRRSINN und die STRATEGISCHE NUTZLOSIGKEIT ERKANNT??

**Wie bei den Finanzen, mit dem Geld aus dem "NICHTS"** (wie Münchhausen). Für wie lange kann man die CH-Bevölkerung noch für "DUMM" verkaufen?

Wenn man im Internet den Begriff «Afrikaner, eine Flutung Europas eingibt, kommt folgender Link:

https://michael-mannheimer.net/2019/11/19/eu-fuehrt-heimlich-grundrechte-fuer-alle-afrikaner-ein-flutung-europas-durch-hunderte-millionen-afrikaner-beschlossen-medien-und-politiker-schweigen/

«Die NWO – Neue Weltordnung, ist die grösste Bedrohung der Zivilisation der Menschheitsgeschichte Siehe Beilage 9.1

Das EU-Parlament und die EU-Kommission sind in Wahrheit die Todfeinde der eingeborenen Europäer.

Entgegen aller historischen Realitäten leitet die EU also eine "Verpflichtung" der Europäer ab. Menschen aus Afrika unbegrenzt in Europa aufzunehmen und diesen eine höhere Priorität in punkto Arbeitsplatz Schulnoten und Wohnungs-Sucher einzuräumen als den einheimischen Europäern.

<u>Eine Regierung, die einen solchen Beschluss (und dies noch geheim)</u> durchsetzt, kann und muss als eine feindliche Regierung eingestuft werden.

<u>Die EU ist ein Konstrukt jener Kräfte, die die Neue Weltordnung schon seit langer Zeit planen,</u> Und hat ganz offenbar ihren geplanten Zweck erfüllt.

Der Zweck war, die totale Kontrolle des (vor der EU aus zahlreichen, einst souveränen Einzelstaaten bestehenden) Kontinents Europa zu erlangen.

Anstelle 40 Parlamente zu kontrollieren, müssen die Kräfte der NWO heute nur noch ein einziges Parlament (die EU) kontrollieren, um zu ihrem Ziel zu gelangen.

Die einzige logische Schlussfolgerung aus dieser unwiderlegbaren Erkenntnis ist, dass sich die Europäer der EU und ihrer Suborganisationen entledigen müssen – oder sie werden untergehen.

### **FAZIT**

Die afrikanischen Minderheiten südlich der Sahara in Europa werden in allen Lebensbereichen als besonders anfällig für Rassismus und Diskriminierung angenommen. Mir (Mannheimer) stellt sich die Frage, warum diese Minderheiten besonders anfällig sein sollen und wie sich dies belegen lässt—wie kommt es dazu? Sind z.B. arabische Migranten weniger betroffen? Ist diese Aussage irgendwie empirisch und wissenschaftlich zu verifizieren?

Zudem: Die Annahme eines strukturellen Rassismus unterstellt dem Grossteil der ansässigen Europäer also automatisch eine innewohnende Fremdenfeindlichkeit, die wohl kaum zu belegen sein dürfte – die wohl grösste Verschwörungstheorie der Welt. Im Dokument wird auch von ca. 15 Millionen Menschen afrikanischer Abstammung in Europa gesprochen.

Wenn der Rassismus hier also so eklatant ist – warum sind diese Menschen dann hier?

Müssten sie nicht in Länder mit freundlicherer Bevölkerung einwandern?

Wie dem auch sei, die geschilderten angenommenen Folgen sind eine Diskriminierung der afrikanischstämmigen Menschen im Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie im Bildungssektor. Sie bekommen schlechtere Schulnoten und weisen eine höhere Abbrecherquote auf.

Sie sind in den unteren Einkommensschichten überproportional vertreten. In politischen und gesetzgebenden Organen sind sie unterrepräsentiert.

Afrikanisch-stämmige Menschen in Afrika sind laut Lynn und Vanhanen im Rahmen einer Normalverteilung deutlich weniger intelligent. Normalverteilung bedeutet: Es gibt wie überall sehr intelligente und sehr unintelligente Menschen an den Rändern der Glockenfunktion, aber der Schnitt liegt eben deutlich niedriger als in Europa, das wir ganz grob bei etwa 100 verorten können.

<u>Dies ist ein sehr unpopulärer, ja geradezu gefährlicher wissenschaftlicher Fakt, wenn man ihn thematisiert, es ändert aber nichts an der Realität.</u>

Diese Menschen sind zudem im Mittel weit, weit schlechter gebildet und auch nahrungstechnisch und medizinisch teilweise weniger gut versorgt. Sie sprechen nicht in allen Fällen europäische Sprachen in einem adäguaten Masse.

Vor kurzem äudderte sich eine Fachfrau, die Sprachkurse bei Flüchtlingen durchgeführt hat. Sie bestätigte, dass die Sprachniveaus schlecht waren trotz der Vergabe anderslautender Zertifikate. Und die kulturellen Unterschiede eklatant. Und selbst in meinem Kursen beschweren sich hier geborene Migranten über das unzureichende Sprachniveau der Neuankömmlinge. Aber das nur am Rande. Fakten, nicht Abwertung

Nun lässt sich über den IQ und seine Bildung, die jüngsten IQ-Entwicklungstendenzen in der Welt oder einen sogenannten EQ trefflich streiten. Und ich sage das alles ja nicht, um Afrikaner abzuwerten. Überhaupt nicht.

Die Annahme, dass diese Menschen beim Eintritt in eine westliche hochkomplexe und gebildete Industriegesellschaft oder beim Aufenthalt in dieser mit durchschnittlich weniger Bildung und im Mittel niedrigerer Intelligenz und im schlimmsten Falle schlechterer physischer Konstitution als auch wenig Sprachkompetenz kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben werden, ist schlüssig.

Diese Dinge mögen sich beim längerfristigen Aufenthalt in Europa vielleicht verändern, aber kurz- und mittelfristig weisen sie Gültigkeit auf.

In der Folge werden sie weniger Geld verdienen, weniger am Wohnungsmarkt konsumieren können und in der Schule schlechtere Noten bekommen. Wird der Wert von Bildung von den Eltern zudem nicht erkannt, weil üppige Sozialsysteme das Leben vereinfachen oder andere kulturelle Vorstellungen vorherrschen, was den Wert von Bildung oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau angeht, werden die Kinder auch in der Schule in der Leistung zurückfallen.

Nachfolgend verfestigen sich soziale Unterschichten-Millieus. Oder höhere Kriminalitätsraten. Ähnliches mag vielleicht für politische Teilhabe gelten.

Dies hat nichts mit Rassismus oder Diskriminierung zu tun, sondern mit schlechterer Aufstellung im ökonomischen Wettbewerb. Der Markt regelt. Punkt.

## Geforderte Massnahmen und meine (Mannheimer-) Kritik

In der Folge werden im Dokument verschiedene Forderungen gestellt, u.a. dass die Diskriminierung und der strukturelle Rassismus von Europa anerkannt werden müssen. Eigenartig: Es wird also eine Grundannahme als Wahrheit dargestellt und in der Folge verlangt, man habe diese anzuerkennen. Merken Sie etwas?

Für mich ist dies die heilige Inquisition: Gestehe, Ketzer! Bekenne dich schuldig und bitte um Vergebung!

#### Quoten?

Gewiss, ich interpretiere was die Quoten angeht, aber da allerorten Quoten wahrscheinlicher werden oder inoffiziell schon gelten, so scheint mir die Annahme plausibel. Quoten oder eine besondere finanzielle Förderung sind aber regelmässig Diskriminierung, weilich eine Gruppe besserstelle als eine andere aufgrund verschiedener Faktoren, in diesem Fall Hautfarbe und Herkunft.

Damit vergebe ich ein Geburtsvorrecht, eine ethnische Adligkeit. Dies ist Rassismus, denn als armer Europäer, der wenig verdient und schlecht wohnt, hätte ich diese Vorrechte regelmässig nicht. Ich wäre eben z. B. nur "weiss".

# Zudem spielt die Kompetenz am Markt keine Rolle mehr.

<u>Diesen Umstand kritisiere ich prinzipiell auch an Frauenquoten oder ähnlichem.</u>
Die Befürworter einer solchen Politik begründen dies natürlich damit, sie würden damit die Ungleichheit bekämpfen und die benannte Gruppe gewissermassen nur aufholen lassen.
Dabei ist Ungleichheit das Natürlichste auf der Welt und die Gleichheit der Bedingungen für Menschen eine Illusion.

### Die böse Ungleichheit

Ungleichheit stellt sich aufgrund unterschiedler Ressourcen wie Bildung, Lokalität, Erfahrung, Intelligenz, Übung der Fertigkeiten etc. ein. Dies ist Diskriminierung im Sinne von lateinisch «discriminare» trennen absondern ja unterscheiden, aber eben nicht Rassismus. Mehr noch: Der Zugang zum Bildungssystem z. B. einer staatlichen Schule steht ja jedem frei, der die Aufnahmebedingungen erfüllt. Ich wähle ja eben nicht nach Hautfarbe und Ethnie aus und reguliere hiernach den Zugang, wie es jetzt in der Resolution z. B. über die Vergabe finanzieller Mittel nur an schwarze Afrikaner forciert wird. Diese Absurdität scheint keinen der Autoren zu stören.

# Das Nachfolgende soll auch in den Schulunterricht einfliessen:

Der Text Zitat "...legt den Mitgliedstaaten nahe, die Geschichte der Menschen afrikanischer Abstammung in die Lehrpläne aufzunehmen und eine umfassende Sicht auf die Themen Kolonialismus und Sklaverei zu bieten, wobei die historischen und gegenwärtigen negativen Auswirkungen auf Menschen afrikanischer Abstammung anerkannt werden, und dafür zu sorgen, dass das Lehrpersonal für diese Aufgabe angemessen ausgebildet und ausgestattet ist, um der Vielfalt im Klassenraum zu begegnen."

Und da sind sie wieder, die Mantren der Multikulturalmönche. Vielfalt ist unser Schicksal. Und damit keine Lehrkraft ausschert, wird sie zielgerichtet indoktriniert. Verzeihung. Ich meinte natürlich ausgebildet.

Man möge mir meine gnadenlose Ironie verzeihen, aber es klingt für mich wie: Beuge schuldbewusst dein Haupt und danke für die Gnade und unendlich grosse Leistung, die dir diese Menschen zuteilwerdenliessen.

### Schuldkult und Rassismus als Instrument

Dies erscheint mir persönlich nicht als die, die Forderung, nach einem historischen neutralen Geschichtsunterricht, oder ein Diskurs auf Augenhöhe, sondern, Verzeihung, die Einführung einer Gehirnwäsche. Es ist für mich die Förderung eines Schuldkultes von Kindheit an.

**Und ein gnadenloser Rassismus:** Die da sind besser als du, wirfdich in den Staleine **Vorfahren waren böse Menschen, trage deren Schuld auf deinem Rücken!** Dieser Beeinflussung bedarf es natürlich, damit wie oben erwähnt der strukturelle Rassismus von jedem Europäer devot anerkannt wird.

In der Folge darf eines nicht fehlen: Die Forderung der systematischen Bekämpfung der ethnischen Diskriminierung und Hassverbrechen, in Form gesetzlicher und politischer Massnahmen.

Dies wird sehr, sehr deutlich im geforderten Verbot von «profiling» selbst für die Terrorismusbekämpfung, oder indem in den Behörden Anti-Rassismus-Schulungen sowie Schulungen zur Beseitigung von Vorurteilen abgehalten werden sollen. Oder in der Abschaffung von rassistischen und afrophoben Traditionen.

Ich rate mal: Die drei heiligen Könige ändern in Zukunft die Hautfarbe? Der zwarte Piet in der Weihnachtszeit in den Niederlanden und Belgien steht ja jetzt schon unter Beschuss. Negerkuss darf man ja jetzt schon nur noch hinter davorgehaltener Hand sagen.

Halte sie dumm, erzähle ihnen nichts von draussen, aber sorge dafür ihnen deine Weltsicht ins Hirn zu pflanzen. So interpretiere ich das.

## Zensur, Zensur

Was für mich nichts anderes bedeutet als eine noch schärfere Zensur, als sie jetzt schon herrscht. Man verfolge nur, was auf youtube, instagram und facebook gerade passiert. Dies wird auch in anderen Abschnitten klar, in denen es u.a. heisst, dass die Teilhabe von Menschen afrikanischer Abstammung in Fernsehsendungen und anderen Medien gefördert werden soll, damit ihrer fehlenden Repräsentanz sowie dem Mangel an Vorbildern für Kinder afrikanischer Abstammung angemessen entgegengewirkt wird.

Es ist das, was von migrantischen Organisationen schon seit längerem gefordert wird – eine geregelte prozentuale positive Berichterstattung. Auch das ist indirekte Zensur, Gehirnwäsche und

die Abschaffung der Neutralität der Medien, die ja als 4. Macht den Bürger ausgewogen und objektiv informieren sollten.

Und genau dies kennen wir auch aus dem <u>Migrationspakt.</u> Auch hier glaube ich kaum an Zufall. Es ist die Übernahme der freien Presse, eine nie da gewesene Gleichschaltung.

Ich (Mannheimer) fasse zusammen, was dies meiner ganz persönlichen Ansicht nach bedeutet, die nicht die Richtige sein muss:

In der Kette haben wir also Zensur, Gleichschaltung, Schuldkultinstallation und Diskriminierung der einheimischen Bevölkerungen und in der Folge finanzielle Transfers, massenhafte Ansiedlung der Migranten in die Sozialsysteme als auch die Vergabe von Quoten und die Kriminalisierung aller Kritiker der neuen bunten Welt und ihrer Verwerfungen wie Kriminalität, Antisemitismus usw..

<u>Das solcherlei Zustände immer mehr Migranten aus Afrika nach Europa ziehen wird die logische Folgesein – diese Wanderungsbewegungen werden ja explizit durch den Migrations- und Flüchtlingspaktermöglicht.</u>

**Das Leistungsniveau in Europa wird massiv sinken**, die ohnehin schon hohe Abwanderung der intelligenten und hochqualifizierten Fachkräfte als auch der Industrie wird sich massiv verstärken bis am Ende der Kollaps der Sozialsysteme steht.

Dann steht die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die bisher grosszügig Versorgten, die ohnehin häufig aus Gewaltaffineren Kulturen stammen, sich holen, was Ihnen ihrer Meinung nach zusteht.

Aber vielleicht kommt es auch ganz anders. Möglich. Die Europäer verschwinden langfristig aber trotzdem, das scheint mir sicher.

Ich male düstere Bilder? Ich spinne eine Verschwörungstheorie? Ja, vielleicht. Allerdings glaube ich, dass meine Argumentation logisch ist. Denken Sie darüber nach und ziehen Sie ihre Konsequenzen, was immer diese sein mögen.

Bleiben Sie also wachsam! Aber vertrauen Sie der eigenen Logik. Sie brauchen keine Greta, die Ihnen die Welt erklärt, wenn sie selbst 1 und 1 zusammenzählen. Früher hat genau das die Kirche versucht, heute machen es andere. Sie brauchen aber kein betreutes Denken.

Dazu will ich (Mannheimer): Kant zitieren

Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit.

Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbst verschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliessung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen.

Sapere aude!

Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.

## Weitere Merkwürdigkeiten:

Bedenken Sie immer: Diese Resolution ist nur eines von vielen Puzzlestücken. Solcherlei Texte gibt es viele. Lesen Sie doch beispielsweise über die Internationale Dekade für Menschen Afrikanischer Abstammung nach.

Oder den Migrationspakt. (Text anklicken)

Oder den Flüchtlingspakt. (Text anklicken)

Denken Sie nach. Und widerlegen Sie mich. Oder handeln Sie positiv. M. Mannheimer

Weiter ist zu dieser bizarre EU-Resolution mit dem Titel "Die Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung" folgendes anzumerken:

Mit dieser EU-Resolution möchten sich die Bürokraten wieder einmal als Ritter des Rechts und Beschützer der Unterdrückten aufspielen.

<u>Dies obwohl Offshore-Firmenkonstrukte weiterhin Afrika ausbeuten und Migranten aus afrikanischen Krisengebieten oft massive Probleme mit ihren Traumatisierungen haben.</u>
Hauptsache, man kann irgendwelche Gedankenverbrecher jagen, denen man "Afrophobie" und "Rassismus gegen Schwarze" vorwirft.

Die <u>Gründerväter der EU</u> waren eng verbunden mit der CIA, die wiederum auf Kreise des britischen Imperiums zurückgehen. Diese wurden behängt mit Orden der europäischen Adelshäuser.

<u>Die EU-Resolution legt diese EU-Verbindungen aus der Kolonialvergangenheit, aus</u> verständlichen Gründen, natürlich nicht offen, sondern stellen es dar, als sei das ein Thema der Vergangenheit und man müsse heute lediglich noch die Gesinnung der Bürger bearbeiten, um die Afrikaner bzw. Afrikanisch-Stämmigen von der EU zu beschützen und sei zu fördern.

1. fordert die Mitgliedstaaten und EU-Organe auf, anzuerkennen, dass Menschen afrikanischer Abstammung besonders stark Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit ausgesetzt sind und ihre Menschen- und Grundrechte im Allgemeinen nicht im gleichen Masse wahrnehmen können, was strukturellem Rassismus gleichkommt, und dass sie als Einzelpersonen und auch als Gruppe Anspruch auf Schutz vor diesen Ungleichheiten haben, einschliesslich positiver Massnahmen zur Förderung ihrer Rechte sowie zur Gewährleistung der uneingeschränkten und gleichberechtigten Wahrnehmung;

Wie schnell kann jemand "Diskriminierung" rufen und damit ein teures und stressiges Prozedere in Gang setzen? Sollen Schulkinder künftig für dumme Witze harsche Konsequenzen tragen, obwohl sie nicht schuld sind an der vermasselten Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte? Gibt es künftig Zwangs-Quoten an afrikanisch-stämmigen Angestellten in Firmen? Wer bestimmt, was legitime Kritik ist und was Diskriminierung?

5. fordert die EU-Organe und die Mitgliedstaaten auf, die Geschichte der Menschen afrikanischer Abstammung – einschliesslich vergangener und andauernder Ungerechtigkeiten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, z. B. Sklaverei und transatlantischer Sklavenhandel, oder Ungerechtigkeiten und Verbrechen, die im Rahmen des europäischen Kolonialismus begangen wurden, aber auch der gewaltigen Errungenschaften

und positiven Beiträge von Menschen afrikanischer Abstammung – in Europa offiziell anzuerkennen und ihrzu gedenken, indem sie den Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer der Sklaverei und des transatlantischen Sklavenhandels auf europäischer und nationaler Ebene offiziell anerkennen und sogenannte "Monate der schwarzen Geschichte" einführen;

Will die EU sich einfach nur erweitern und ihre Macht zunehmend offen auf afrikanische Staaten ausweiten? Ist das Geschwätz der Resolution gar nicht wirklich primär dazu gedacht, Diskriminierung zu beenden, sondern einfach eine Propagandaoffensive für die nächsten Machtpläne der EU?

- 12. betont die wichtige Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung und fordert eine stärkere finanzielle Unterstützung von Basisorganisationen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene; Der alte Trick mit den steuergeldfinanzierten NGOs, bzw. Pressure Groups.
- 17. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Erstellung von Profilen auf der Grundlage der Rasse oder der ethnischen Zugehörigkeit in allen Formen der Strafverfolgung, der Terrorismusbekämpfung und der Einwanderungskontrolle zu beenden.

Profile zu erstellen gehört zu den Grundaufgaben der Strafverfolgung, Terrorbekämpfung und Einwanderungskontrolle.

23. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unter Berücksichtigung der bestehenden Rechtsvorschriften und Verfahren dafür zu sorgen, dass Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber auf sicherem und legalem Wege in die EU einreisen können;

Viel Spass damit, sichere und legale Wege zu etablieren mit instabilen afrikanischen Staaten und Warlords.

24. fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, wirksame Massnahmen zu ergreifen, mit denen sichergestellt wird, dass es keine EU-Mittel für, Unterstützung von oder Zusammenarbeit mit Organisationen oder Gruppen gibt, die an Versklavung, Menschenhandel, Folter und Erpressung von schwarzen und afrikanischen Migranten beteiligt sind oder damit in Verbindung stehen;

Dann müsste die EU praktisch ihr Militär in die Herkunftsländer schicken und komplett neue Regierungen schaffen. Ansonsten muss man mit den vorherrschenden Regimen arbeiten, die leider keine Menschenrechterespektieren.

Umverteilungen, Bürokratie und Verbote statt Entwicklung Die EU will alles mögliche regulieren.

Aber gleichzeitig soll Afrika eine richtige Entwicklung verwehrt bleiben!!

Die Menschen brauchen günstigen Strom aus klassischen Kraftwerken, um eine Zivilisation aufzubauen und aufrechtzuerhalten. In Ländern wie Uganda haben nur wenige Prozent der Menschen überhaupt einen Stromanschluss. Weltweit leben fast 2 Milliarden Menschen ohne Zugang zu Elektrizität.

In der indischen Provinz Gujarat wurde das Narmada-Dammprojekt gestoppt, weil die Öko-Gruppe "Friends of the Earth" und andere Öko-Aktivisten internationale Geldgeber zwangen, ihre finanzielle Unterstützung zurückzuziehen. Der Damm hätte 5000 Dörfern Strom gebracht und sauberes Wasser für 35 Millionen Menschen.

In Uganda führten Druck und Desinformation von Ökologen 2003 zum Ende der Arbeiten an dem Bujagali-Damm. Viele Millionen Menschen in Uganda haben kein sauberes Trinkwasser und nur wenige Prozent Strom. Erst Jahre später konnten die Arbeiten fortgesetzt werden.

Da über 600 Millionen Afrikaner keinen Strom haben, verbrennen die Menschen Bioabfälle und Holz; zerstören damit die Umwelt und sorgen für Luftverschmutzung und 600.000 resultierenden Toten pro Jahr. Ein paar Sonnenkollektoren auf den Hütten oder ein paar Windräder werden das Problem nicht lösen. Es braucht Gas- und Kohlekraftwerke.

Alle Experten wissen: Noch nie hat sich ein Land entwickeln können ohne ausreichenden, günstigen Strom. Der Strom macht sauberes Wasser und Industrie möglich. Die International Energy Agency schätzt, dass Afrika südlich der Sahara bis zum Jahr 2040 um rund 7 Billionen \$ reicher werden könnte durch fossile Brennstoffe. Man würde dabei nur 4% der globalen Emissionen produzieren, die ohnehin kaum einen Einfluss auf das Klima haben.

Klimaabkommen wie das von Paris würden sich katastrophal auf Afrika auswirken. Afrika müsste die Emissionen um rund 50% reduzieren. Bjorn Lomborg schätzt, dass eine Tonne weniger CO2 in Afrika Kosten von 2000\$ verursacht.

Anstatt Afrika marktwirtschaftliche Prinzipien und Fortschritt zu erlauben, pumpen reiche Länder Pseudo-Entwicklungs-Gelder nach Afrika, um noch mehr Geld rauszuziehen und korrupte Diktaturen zu bezahlen. Ausgerechnet Konzerne mit adeligem Hintergrund wie BP und Shell werden massiv vom Emissionsrechtehandel profitieren.

Der grosse Masterplan für Afrika, um zu verhindern dass mehrere zehn Millionen Leute von dort nach Europa kommen, lautet "Sozialhilfe für notorisch korrupte afrikanische Staaten".

Die Presse redet momentan von lediglich 60 Milliarden Euro, aufgeteilt auf bis zu 55 Länder Afrikas über mehrere Jahre hinweg. Was soll das bringen? In diversen Think Tanks war schon von 600 Milliarden Euro jährlich (!) die Rede gewesen.

Die Neuankömmlinge sind dann von der einheimischen Bevölkerung, die erst gar nicht nach ihrer Zustimmung gefragt wurde, nicht nur zu alimentieren, sondern dieser auch in allen Bereichen, auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt, den Medien, der Kultur und im Bildungssystem vorzuziehen.

Begründet wird dies alles mit der grotesk anmutenden <u>Behauptung</u>, dass "*Menschen afrikanischer Abstammung im Laufe der Geschichte erheblich zum Aufbau der europäischen Gesellschaft beigetragen*" hätten.

Die Entschliessung des EU-Parlaments zu den "Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa" ist ein unerhörter Affront gegenüber den Völkern Europas!

Von einer demokratischen Vertretung europäischer Interessen kann hier jedenfalls keine Rede mehr sein; wohleher von einer den Europäern feindlichen Gesinnung des EU-Parlamentes.

# Die Konklusion kann deshalb nur lauten

(auch mithin ein Grund, dieses Mails):

Wir müssen jetzt unsere Stimme erheben und nicht nur bei den Brüsseler Eliten, sondern auch bei

den Schweizer Polit- und Wirtschaftsführer.

Und klar machen, dass wir dies nicht widerstandslos

<u>über die PFZ so hinnehmen werden.</u>